Roland Roth, Dieter Rucht (Hg.)

DIE SOZIALEN BEWEGUNGEN in Deutschland seit 1945

Ein Handbuch

campus

Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945

© Campus Verlag GmbH

Roland Roth ist Professor für Politikwissenschaft an der Fachhochschule Magdeburg-Stendal. *Dieter Rucht* ist Honorarprofessor für Soziologie an der Freien Universität Berlin und Leiter der Arbeitsgruppe »Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa« am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

© Campus Verlag GmbH

Roland Roth, Dieter Rucht (Hg.)

Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945

Ein Handbuch

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet unter http://dnb.d-nb.de abrufbar.
ISBN 978-3-593-38372-9

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt
insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Copyright © 2008 Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main
Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln
Umschlagmotiv: Ostermarsch in der Wittstocker Heide/Brandenburg: In der Nähe des Bombenabwurfplatzes formieren sich die Teilnehmer des Ostermarsches zu einem Peace-Symbol (Luftbild). Die Demonstration richtete sich gegen den geplanten Weiterbetrieb des ehemaligen russischen Bombodroms durch die Bundeswehr © ullsteinbild
Satz: Publikations Atelier, Dreieich
Druck und Bindung: Druckhaus »Thomas Müntzer«, Bad Langensalza
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 7

Kapitel 1 Einleitung – *(Roland Roth und Dieter Rucht)* 9

Historisch-Politischer Kontext

Kapitel 2 Die unmittelbaren Nachkriegsjahre (1945–1949) *(Arno Klönne)* 39

Kapitel 3 Der CDU-Staat (1949–66) *(Wolf-Dieter Narr)* 51

Kapitel 4 Große und Sozialliberale Koalition (1966–1974) *(Sven Reichardt)* 71

Kapitel 5 Das Modell Deutschland und seine Krise (1974–1989) *(Wolfgang Fach)* 93

Kapitel 6 DDR – regimekritische und politisch-alternative Akteure (1949–1990) *(Jan Wielgohs)* 109

Kapitel 7 Das wiedervereinigte Deutschland – soziale Bewegungen »im Systemwandel« *(Michael Minkenberg)* 133

Bewegungen, Proteste und Themenfelder

Kapitel 8 Arbeiterbewegung *(Eberhard Schmidt)* 157

Kapitel 9 Frauenbewegung *(Ute Gerhard)* 187

Kapitel 10 Umweltbewegung *(Karl-Werner Brand)* 219

Kapitel 11 Anti-Atomkraftbewegung *(Dieter Rucht)* 245

Kapitel 12 Friedensbewegung *(Andreas Buro)* 267

Kapitel 13 Städtische soziale Bewegungen *(Margit Mayer)* 293

Kapitel 14 Dritte-Welt-Bewegung *(Claudia Olejniczak)* 319

Kapitel 15 Bürger- und menschenrechtliches Engagement in der Bundesrepublik *(Wolf-Dieter Narr)* 347

Kapitel 16 Dissidente Gruppen in der DDR (1949–1989) *(Marc-Dietrich Ohse und Detlef Pollack)* 363

Kapitel 17 Bürgerbewegungen in der DDR – Demokratische Sammlungsbewegungen am Ende des Sozialismus *(Dieter Rink)* 391

Kapitel 18 Studentische Bewegungen und Protestkampagnen *(Kristina Schulz)* 417

© Campus Verlag GmbH

Kapitel 19 Antiimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studentenbewegung *(Sebastian Haunss)* ... 447
Kapitel 20 Die rechtsextremistische Bewegung *(Thomas Grumke)* ... 475
Kapitel 21 Globalisierungskritische Netzwerke, Kampagnen und Bewegungen *(Dieter Rucht und Roland Roth)* ... 493
Kapitel 22 Selbstverwaltete Betriebe in Deutschland *(Frank Heider)* ... 513
Kapitel 23 Kommunebewegung *(Karl-Ludwig Schibel)* ... 527
Kapitel 24 Schwulenbewegung *(Jens Dobler und Harald Rimmele)* ... 541
Kapitel 25 Jugendproteste und Jugendkonflikte *(Werner Lindner)* ... 557
Kapitel 26 Mobilisierung von und für Migranten *(Dieter Rucht und Wilhelm Heitmeyer)* ... 573
Kapitel 27 Proteste von Arbeitslosen *(Harald Rein)* ... 593
Kapitel 28 Kampagnen gegen Bio- und Gentechnik *(Bernhard Gill)* ... 613

Schluss

Kapitel 29 Soziale Bewegungen und Protest – eine theoretische und empirische Bilanz *(Dieter Rucht und Roland Roth)* ... 635

Chronologie von Ereignissen ... 669
Abkürzungen ... 695
Abbildungsnachweis ... 700
Autorinnen und Autoren ... 701
Literatur ... 703
Register ... 761

© Campus Verlag GmbH

Vorwort

Ein Handbuch über soziale Bewegungen herauszugeben, ist ein schwieriges und ehrgeiziges Unternehmen. Schwierig, weil dieser Gegenstand politisch umstritten ist und keine scharfen Grenzen aufweist. Zudem muss mit seiner ständigen, zuweilen raschen und tief greifenden Veränderung gerechnet werden. Was Theodor W. Adorno über Gesellschaft gesagt hat: »Sie ist wesentlich Prozess«, gilt für soziale Bewegungen in zugespitzter Weise. Ehrgeizig ist dieses Unternehmen, weil es in Deutschland keine institutionell gut abgesicherte Bewegungsforschung gibt, deren Erträge lediglich zusammengefasst und zwischen zwei Buchdeckeln untergebracht werden könnten. Für viele der Autorinnen und Autoren dieses Bandes ist die Beschäftigung mit sozialen Bewegungen zwar eine Herzensangelegenheit, oft auch verbunden mit eigenem Engagement, aber nur eine Nebenbeschäftigung, wenn es um den beruflichen Alltag geht. Diese Situation hat Kosten, die nicht zuletzt in einer jahrelangen Produktionszeit aufgelaufen sind. Dass dieses Handbuch dennoch mit aktuellen, frischen, gemeinsamen Leitlinien folgenden Originalbeiträgen erscheinen kann, ist das Verdienst der ebenso kooperativen wie geduldigen Autorinnen und Autoren, denen wir zumeist mehrfach Überarbeitungen und Ergänzungen abverlangt haben. Ihnen gilt unser erster Dank.

Auch wenn die Arbeit an diesem Handbuch keine offizielle Förderung erfahren hat, ist dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, besonders der Forschungsgruppe »Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa«, zu danken, die vor allem in der letzten Phase – u. a. durch einen Forschungsaufenthalt für einen der Herausgeber – erheblich zum Gelingen dieses Projektes beigetragen haben. Unser Dank gilt dabei besonders Jonny Al-Saidi, Janice Cornwall, Christa Hartwig, Katja Feistel, Gebhard Glock, Matthias C. Müller, Simon Teune und Sabrina Zajak, die mit Rechercheaufgaben, der Standardisierung von Manuskripten und Literaturlisten oder dem Sachverzeichnis befasst waren. Sebastian Haunss und Markus Mohr, die über viele Jahre hinweg und ohne finanzielle Förderung tausende von Plakaten aus politischen Gruppen und sozialen Bewegungen zusammengetragen und teilweise in Buchform veröffentlicht haben, schulden wir Dank dafür, dass sie uns eine Auswahl der Plakate zur Verwendung in diesem Handbuch zur Verfügung gestellt haben. Schließlich hat sich der Campus Verlag in ungewöhnlicher Weise für das Entstehen dieses Handbuchs eingesetzt. Hervorzuheben ist der verantwortliche Lektor Adalbert Hepp, der in einer wohl dosierten Mischung von kräftiger redaktioneller Unterstützung und nachdrücklichen Mahnungen entscheidend zum Gelingen des Vorhabens beigetragen hat. Unser Dank geht auch an die Lektorin Petra Zimlich, die sich intensiv um die einzelnen Beiträge gekümmert und den Weg vom Manuskript zum Buchkapitel geebnet hat.

Wir widmen diese Zwischenbilanz all jenen, die sich für eine menschenrechtlich orientierte, basisdemokratische Bewegungspolitik engagieren.

Berlin, im September 2007 Roland Roth und Dieter Rucht

© Campus Verlag GmbH

© Campus Verlag GmbH

Kapitel 1
Einleitung

Roland Roth/Dieter Rucht

Inhalt

1. Ziele des Handbuchs 10
2. Zur Aktualität sozialer Bewegungen 12
3. Worum es in diesem Handbuch geht 13
   3.1 Begriffliche Annäherungen 13
   3.2 Einige Abgrenzungen 17
   3.3 Zentrale Dimensionen sozialer Bewegungen 20
4. Soziale Bewegungen im doppelten Deutschland und der vereinten Bundesrepublik 29
   4.1 Deutsch-deutsche Besonderheiten 29
   4.2 Entwicklungslinien 30
5. Zur Konzeption des Bandes 34

© Campus Verlag GmbH

1. Ziele des Handbuchs

Die Bundesrepublik gilt mit einigem Recht als »Bewegungsgesellschaft«. Die Beteiligung in sozialen Bewegungen, politischen Kampagnen, Bürgerinitiativen und Protestgruppen hat neben der Mitgliedschaft in Parteien, Verbänden und Vereinen einen festen Platz im Repertoire des bürgerschaftlichen Engagements erobern können. Während die konventionellen Formen der politischen Partizipation in den letzten beiden Jahrzehnten an Zuspruch verloren, ja vielfältige Verdrossenheiten erzeugt haben, legen die neuen Formen des Engagements deutlich zu – ein Trend, der auch in anderen westlichen Demokratien zu beobachten ist (Norris 2002). Dieses Faktum wird zwar weithin anerkannt, aber das gesellschaftspolitische Gewicht, die Botschaften und demokratiepolitischen Herausforderungen des Bewegungssektors bleiben umstritten. Was für das linksalternative Spektrum als Garant für eine lebendige Demokratie gilt, löst im konservativen Lager die Sorge aus, ob bei all den Protesten auch das für nötig erachtete Ja zur politischen Ordnung und ihren Entscheidungen zustande kommt. Die Lage ist zudem unübersichtlicher geworden, seit rechtsextrem motivierte Anschläge und Demonstrationen zunehmend als Ausdrucksform einer sozialen Bewegung verstanden werden müssen. Vorbei scheint damit jene Phase der Bundesrepublik, als der Begriff »soziale Bewegung« weitgehend von demokratisch-menschenrechtlich orientierten progressiven Mobilisierungen reklamiert wurde. Einige der heute nicht mehr so neuen »neuen sozialen Bewegungen« (allen voran Mobilisierungen der Frauen, ökologische Proteste und die neue Friedensbewegung) haben zudem Patina angesetzt; an ihrer Bewegtheit werden Zweifel geäußert. Übersicht und Orientierung sind also gefragt.

Handbücher werden häufig erst dann publiziert, wenn eine Epoche oder ein Untersuchungsgegenstand »abgeschlossen« ist und in ein historisches Panorama eingeordnet werden kann. Auch wenn es bis in die frühen Nachkriegsjahre zurückreicht, behandelt dieses Handbuch keine abgeschlossene Geschichte. Dies unterscheidet es zum Beispiel von dem lesenswerten Handbuch über die Reformbewegungen, die das Wilhelminische Deutschland und die Weimarer Republik beeinflussten (Kerbs/Reulecke 1998). Wir gehen vielmehr davon aus, dass bewegte Politik höchst aktuell ist, auch wenn einige Themen und Aktionsformen ihren Neuigkeitswert verloren haben oder inzwischen zum Mythos verklärt worden sind (wie z. B. die Mobilisierungen der »1968er«). Dieses Handbuch will gerade auch für die Auseinandersetzung mit aktuellen Protesten Orientierungen anbieten, indem es jene historische und analytische Tiefenschärfe anbietet, die Kontinuität, Bruch und Neuanfang sichtbar werden lässt. Es gehört zum typischen Erscheinungsbild sozialer Bewegungen, dass sie überraschend aufkommen, sichtbar werden, sich verändern und wieder abflauen, wenn sie erfolgreich waren oder ihr Scheitern die Akteure entmutigt – um dann vielleicht bei günstiger Gelegenheit erneut aufzutauchen. Eine Dauermobilisierung auf gleichbleibend hohem Niveau ist eher unwahrscheinlich.

Die Lektüre des Handbuchs über die Reformbewegungen von 1880 bis 1933 macht zudem deutlich, dass in Bewegungen Potenziale und Vorbilder von langer Halbwertszeit schlummern können. Die »Spuren der Besiegten« (Haasis 1984) sind nicht für immer verwischt. Auch wenn ihre Protagonisten längst vergessen sind, können radikale Experimente und Reformanstöße vergangener Zeiten wieder aufgegriffen und aktualisiert werden. Oft gewinnen soziale Bewe-

© Campus Verlag GmbH

gungen ihre Kraft daraus, dass sie Spuren historischer Vorbilder und Vorläufer freilegen, wie es z. B. ein jüngst erschienenes »Wörterbuch der Alternativen« (Parker/Fournier/Reedy 2007) unternimmt, das utopische Entwürfe und Alternativprojekte quer durch die Weltgeschichte und aus allen Himmelsrichtungen versammelt. Aktuelle Beispiele für den Rückgriff auf die Reformbewegungen vor dem nationalsozialistischen Deutschland reichen vom Vegetarismus bis zur alternativen Landwirtschaft, von der Reformpädagogik bis zur Naturheilkunde, von Genossenschaftsprojekten bis zu ökologischen Lebensstilen, von denen auch in diesem Handbuch die Rede ist.

Es ist also kein Zäsurbewusstsein, mit dem immer wieder das Ende sozialer Bewegungen, wie wir sie kennen, beschworen wird, das den Anstoß für dieses Handbuch gegeben hat. Mehr als sechzig Jahre nach Kriegsende und achtzehn Jahre nach dem Mauerfall scheint es uns überfällig, das historische Erbe und die Aktualität der sozialen Bewegungen im doppelten Nachkriegsdeutschland kenntlich zu machen und deren Brüche, Kontinuitätslinien und Neuanfänge seit der Vereinigung darzustellen.

Dem Handbuchcharakter entsprechend wollen die Beiträge umfassende und solide Informationen im Sinne eines Nachschlagewerkes für ein breites, politisch interessiertes Publikum bieten, aber auch Studierenden und Lehrenden der Pädagogik, Sozialwissenschaften und Geschichtswissenschaften von Nutzen sein. Angestrebt wurden ein hoher Gebrauchswert und eine starke Faktenorientierung. Es soll die Chance eröffnet werden, sich über die Geschichte und Vorgeschichte von Bewegungen und Kampagnen zu informieren, die Spuren in Gesellschaft und Politik hinterlassen haben bzw. noch immer lebendig sind.

Wir haben uns um eine einheitliche Gliederung für die Darstellungen einzelner Bewegungen bemüht, ohne sie für die Autorinnen und Autoren zum unerwünschten Korsett werden zu lassen. Da soziale Bewegungen immer in ihren gesellschaftlichen Kontexten zu begreifen sind, widmet sich der erste Teil des Bandes den zeitgeschichtlichen Rahmenbedingungen, indem die Phasen der deutschen Nachkriegsgeschichte in ihren Prägewirkungen und Herausforderungen für soziale Bewegungen rekonstruiert werden.

Darstellungen der größeren und kleineren Einzelbewegungen bzw. Kampagnen machen den Hauptteil des Werkes aus. Bilder und Dokumente sollen den Zugang zum Verständnis der Bewegungen für all jene Leser und Leserinnen erleichtern, welche die Bewegungen selbst nicht (mit)erleben konnten. Über die allgemeine wissenschaftliche Debatte, ihre Konzepte und Theorien sozialer Bewegungen informiert im Überblick das Schlusskapitel, in dem auch der Wandel und die Wirkungen des Bewegungssektors in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nachgezeichnet und seine aktuellen Potenziale aufgezeigt werden.

Es ist kein westdeutsches Handbuch geworden, obwohl die Freiheit zu protestieren in Zeiten des Kalten Krieges sehr ungleich verteilt war. So sind auch die Proteste und Mobilisierungen in der DDR bis zu ihrem bürgerbewegten Ende in diesem Handbuch präsent; deutsch-deutsche Wechselwirkungen und Unterschiede werden kenntlich gemacht.

Aufgenommen sind nicht nur die neuen sozialen Bewegungen, sondern auch Proteste und Mobilisierungen aus den 50er und frühen 60er Jahren sowie solche aus anderen Milieus, etwa der Arbeiterbewegung, aber auch die fremdenfeindlichen und rechtsextremen Mobilisierungen der jüngsten Zeit.

© Campus Verlag GmbH

2. Zur Aktualität sozialer Bewegungen

Vier Beispiele aus den letzten Jahren mögen als Nachweis genügen, dass über die Mehrzahl der hier vorgestellten sozialen Bewegungen nur im Sinne eines offenen Endes bzw. einer Fortsetzungsgeschichte geschrieben werden kann. Als immergrüne Formen gesellschaftlicher Einflussnahme sind sie keineswegs veraltet oder erschöpft.

15. Februar 2003. Eine halbe Million vorwiegend junger Menschen, aber auch älter gewordene AnhängerInnen der Friedensbewegung demonstrieren in Berlin gegen den bevorstehenden Irak-Krieg. Diese größte friedenspolitische Mobilisierung in Deutschland seit den Protesten gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der ersten Hälfte der 1980er Jahre war in eine bislang einmalige internationale Friedensaktion eingebettet (Walgrave/Rucht 2008). Beschlossen und vorbereitet wurde sie auf dem Europäischen Sozialforum in Florenz Anfang November 2002. Der Protesttag begann in Neuseeland und Australien, setzte sich in zahlreichen europäischen Städten fort und endete in den USA, wo selbst in Manhattan, einem von den Anschlägen des 11. September 2001 und der nachfolgenden Anti-Terror-Politik besonders gezeichneten Stadtteil New Yorks, eine halbe Million Menschen friedlich demonstrierte. Insgesamt wurden an diesem langen Tag weltweit rund 16 Millionen Menschen gezählt, die sich gegen den angekündigten Krieg aussprachen – das wohl bislang größte transnationale Protestereignis in der Geschichte (Tarrow 2005). Dass selbst solche massenhaften Proteste den Irak-Krieg nicht verhindern konnten, lässt die machtpolitischen Grenzen von Protest deutlich hervortreten. Einige Jahre nach dem Sturz des Saddam-Regimes ist unbestreitbar, dass die Begründungen für diesen Krieg wesentlich auf Lügen (Bedrohung durch Massenvernichtungsmittel, Verbindungen der irakischen Regierung zu Al Quaida etc.) beruhten, die Kriegsgegner also in zentralen Punkten Recht hatten. Die auch noch 2007 anhaltenden kriegerischen Handlungen im Irak haben zudem einmal mehr die Grenzen »humanitärer Interventionen« aufgezeigt, wenn es darum geht, demokratische und menschenrechtlich angemessene Verhältnisse mit militärischen Mitteln zu schaffen.

26. Juli 2004. An diesem Tag hat der langzeitarbeitslose Magdeburger Andreas Ehrholt mit selbstgemachten Aufklebern (»Wir machen mobil«) zur ersten Montagsdemonstration gegen die regierungsamtlich als größte Sozialreform nach dem Kriege gepriesene Hartz IV-Gesetzgebung aufgerufen. Ihm folgten immerhin 600 Menschen. In den nächsten Wochen wurden die Montagsdemonstrationen vor allem in Ostdeutschland zu einem zunächst von den Medien populär gemachten, dann Ende August wieder herunter geschriebenen »Renner«. Auch wenn der dezentrale Charakter der Proteste Schätzungen schwierig macht, dürften in diesem Sommer und Frühherbst etwa zwei Millionen Menschen in mehr als 240 Städten und Gemeinden Deutschlands auf der Straße gewesen sein, um ihre Opposition gegen die neue Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen (vgl. Roth 2005; Rucht/Yang 2007). Größere Zugeständnisse konnte diese größte Mobilisierung entlang eines sozialen Themas in der Geschichte der Bundesrepublik allerdings nicht erreichen. Aber auch einige Jahre danach gibt es noch lokale Proteste und Sozialforen.

24. Juni 2006. Auf einer gut besuchten Sonnwendfeier in Pretzien, einer 900-Seelen-Gemeinde in Sachsen-Anhalt, verbrennen Mitglieder des örtlichen Heimatbunds »Ostelbien« eine US-Flagge und – Joseph Goebbels zitierend – das »Tagebuch der Anne Frank«. Der Heimatbund, gut in der örtlichen Gemeinschaft verankert, ist aus der Skinhead-Kameradschaft »Ostelbien-Pretzien« hervorgegangen. Seine jugendlichen Mitglieder tragen auch im Alltag gerne T-Shirts mit der Aufschrift »Wehrmacht Pretzien«. Die Umstände der Bücherverbrennung zeigen an, wie weit rechtsextremes Gedankengut in manchen Gegenden in der Alltagskultur verankert ist und seine Protagonisten auf die Symbolwelt und Aktionsformen der Nazi-Bewegung zurückgreifen. Der Aufschwung rechtsextremer Mobilisierungen, ihre Sichtbarkeit auf Straßendemonstrationen, bei Gewalttaten

© Campus Verlag GmbH

oder Wahlerfolgen gehört seit der deutschen Vereinigung – neben den globalisierungskritischen Protesten – zu den markanten, in diesem Fall durchaus Besorgnis erregenden Erweiterungen der Bewegungslandschaft in der Bundesrepublik. Sowohl bei den Anti-Hartz IV-Protesten als auch bei globalisierungskritischen Mobilisierungen versucht zudem die rechtsextreme Szene Anschluss an aktuelle Themen zu halten und Terraingewinne zu erzielen.

9. Mai 2007. Mit 900 Beamten lässt die Bundesanwaltschaft in mehreren Bundesländern 40 Wohnungen, Büros und Einrichtungen von globalisierungskritischen Gruppen durchsuchen und Beweismaterial beschlagnahmen. Durchsucht werden u. a. bekannte links-alternative Zentren wie die »Rote Flora« in Hamburg oder der »Mehringhof« in Berlin. Militante G8-Kritiker sollen, so die Begründung für die Razzia, eine terroristische Vereinigung gebildet haben, auf deren Konto rund 40 Brandanschläge zwischen 2005 und 2007 gingen. Am Abend kommt es daraufhin an elf Orten zu Demonstrationen, bei denen sich mehrere Tausend Teilnehmer gegen Terrorverdacht, Ausspähung und Einschüchterungsversuche wenden. Auf Pressekonferenzen beschwören sie einen »Jetzt-erst-recht-Effekt«. Obwohl 18 namentlich bekannte Personen im Visier der Fahnder sind, kommt es nicht zu Festnahmen. Wenige Tage danach gesteht die Bundesanwaltschaft ein, keine Hinweise auf geplante Terroranschläge auf den vom 6. bis 8. Juni 2007 im Ostseebad Heiligendamm geplanten G8-Gipfel gefunden zu haben. Der Tagungsort wird im Vorfeld zu einer Festung ausgebaut. Es gilt, die erwarteten Gipfelproteste abzuwehren oder doch zu erschweren, die nach der »Schlacht von Seattle« Ende November 1999 zu einem Mobilisierungsschwerpunkt der weltweiten globalisierungskritischen Bewegungen geworden sind. Unterstützung finden die Protestierenden mit ihren Anliegen bis ins etablierte Lager hinein. Der ehemalige Weltbank-Berater und Nobelpreisträger für Ökonomie, Joseph Stieglitz, betont: »Demonstrationen sind unerlässlich, wenn wir eine faire Globalisierung wollen.« (2007) Am Ende der Großdemonstration von 80 000 Menschen in Rostock kommt es am 2. Juni dann doch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Es folgt eine Protestwoche mit Alternativgipfel, Camps und weitgehend friedlichen Sitzblockaden. Erstmals werden Tornados und Spähwagen der Bundeswehr zur Beobachtung und Einschüchterung einer Demonstration eingesetzt. »Attac«, eine wichtige Trägerorganisation der Heiligendamm-Proteste, resümiert dennoch hoffnungsvoll: »Die globalisierungskritische Bewegung ist gestärkt aus den Protesten hervorgegangen.«

3. Worum es in diesem Handbuch geht

3.1 Begriffliche Annäherungen

Für sich genommen, handelt es sich bei den vorgestellten Beispielen um Protestereignisse. Wann können wir sagen, dass sie Ausdruck einer sozialen Bewegung sind? Protest gilt als mehr oder weniger prägende Bewegungspraxis. Aber nicht jeder Protest ist Ausdruck sozialer Bewegungen. Von Bewegungen sprechen wir erst, wenn ein Netzwerk von Gruppen und Organisationen, gestützt auf eine kollektive Identität, eine gewisse Kontinuität des Protestgeschehens sichert, das mit dem Anspruch auf Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels verknüpft ist, also mehr darstellt als bloßes Neinsagen.

Ein wesentliches Merkmal jeder Definition von sozialer Bewegung ist die Kraft zur Veränderung, zumindest der Versuch, Einfluss auf sozialen Wandel zu nehmen: fördernd oder bremsend, revolutionär, reformerisch oder restaurativ. Das unterscheidet sie von Protestepisoden, von Moden und Strömungen oder von Zufallskonstellationen (Raschke 1985; Rucht 1994a). Die Richtung, in die die Einflussnahme zielt, ist keineswegs progressiv festgelegt. Auch rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppie-

© Campus Verlag GmbH

rungen können den Definitionsmerkmalen von Bewegung entsprechen. Noch bis in die 70er Jahre war der Begriff »soziale Bewegung« in der Bundesrepublik überwiegend negativ besetzt. Er stand unter NS-Verdacht, zumindest aber dem des anti-modernen und romantischen Irrationalismus (vgl. Erwin K. Scheuchs »Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft« von 1968, Kurt Sontheimers »Elend der Intellektuellen« von 1976; und als später Nachklang Uwe Schimanks »neoromantischer« Protest von 1981). Erst mit den neuen sozialen Bewegungen hatte sich dies verändert: Ihre progressive Grundströmung ist weitgehend unbestritten. Demokratisierung gilt als ihr übergreifendes Thema, das auch die Bewegungspraxis prägt, zumindest prägen soll. Ihre pluralistische Agenda und Strömungsvielfalt unterscheiden sie von historischen Vorgängern. Als dominierende Bewegungsform konnten sich die neuen sozialen Bewegungen in den 70er und 80er Jahren in der Bundesrepublik durchsetzen.

Ein weiterer Anerkennungsschub setzt mit der stärkeren Rezeption der pragmatischen US-Bewegungsforschung und -praxis ein, welche in den USA bereits in den 60er und 70er Jahren die Fixierung auf die irrationalen Dimensionen von sozialen Bewegungen in der Tradition der »Soziologie der Massen« (Le Bon, Ortega y Gasset, Freud etc.) ablösen konnte. Massenhafter Protest galt nicht länger als Ergebnis eines weitgehend unbewussten Prozesses der Ansteckung (»contagion«). Vielmehr wurden soziale Bewegungen nun als eine Form zielgerichteten kollektiven Handelns mit eigenen Gesetzmäßigkeiten und Chancen angesehen – ein Handeln, das geplant und organisiert werden kann. Daraus ergibt sich auch ein verstärktes Interesse an Bewegungsorganisationen, Bewegungsunternehmern (»movement entrepreneurs«) und Fragen der Ressourcenbeschaffung (McCarthy/Zald 1973). Beide Entwicklungen gehören zu den Voraussetzungen, ohne die es heute nicht »Die Bewegungsstiftung« mit Strategieseminaren und Dauerspenden für »Bewegungsarbeiter und -arbeiterinnen« geben würde.

Soziale Bewegungen gelten insgesamt als wichtige Akteure moderner Gesellschaften, geradezu als Kennzeichen der »Moderne«, weil sie die Fähigkeit einer Gesellschaft ins Zentrum rücken, sich selbst zu produzieren und sozialen Wandel aktiv zu gestalten. Zu sozialen Bewegungen gehört daher definitionsgemäß die Überzeugung, dass gesellschaftliche Verhältnisse bewusst gestaltbar sind (»Eine andere Welt ist möglich«, lautet der entsprechende Slogan der globalisierungskritischen Bewegungen, »Phantasie an die Macht« drückte die weitreichenden Veränderungshoffnungen der »68er«-Proteste aus). Gesellschaft ist also weder Gott gegeben noch naturwüchsig oder so überkomplex, dass jeder Versuch sinnlos wäre, zielgerichtet und gestaltend Einfluss nehmen zu wollen (zum Komplexitätsargument und anderen Elementen konservativer Rhetorik siehe Hirschman 1991). Soziale Bewegungen reklamieren und steigern die Selbstgestaltungsfähigkeit von Gesellschaften. Offen bleibt dabei die Reichweite solcher Gestaltungsversuche, die beanspruchte Veränderungstiefe und nicht zuletzt die tatsächliche Wirkung.

Nicht wenige Beobachterinnen und Beobachter neuerer sozialer Bewegungen sehen eine wachsende Tendenz zum bewusst bescheidenen Anspruch (Offe 1990). Jean Cohen spricht von einem »selbstbegrenzten Radikalismus« (1985). Es gehe eher um »Projekte in der Gesellschaft« als um »Gesellschaft als Projekt« (Rucht 1999). Nicht zuletzt diese Selbstbegrenzung der neuen sozialen Bewegungen hat zuweilen an den Rändern fundamentalistische und terroristische Radikalisierungen provoziert. Allerdings relativiert sich die Bescheidenheit, betrachtet man die Summe der Veränderungsansprüche. Zusam-

© Campus Verlag GmbH

mengenommen übersteigen sie bei weitem die Unterschiede der großen Systemalternativen von Kapitalismus und Sozialismus, die sich im Kalten Krieg gegenüberstanden. Zudem haben die bewegten Aufbrüche in Osteuropa – eine Serie, die, wie zuletzt die »orangene Revolution« in der Ukraine gezeigt hat, keineswegs zu Ende ist – deutlich gemacht, dass die Zeiten schneller Gesellschaftsumbrüche mit aktiver Beteiligung von sozialen Bewegungen keineswegs der Vergangenheit angehören.

Soziale Bewegungen sind nicht schlicht die modernen Nachfahren der »Zitter- und Zappelzustände« (Mühlmann 1959), die Ethnologen für »einfache« Gesellschaften beschrieben haben, also Bewegung im Stillstand; vielmehr haben sie in modernen Gesellschaften stets eine Botschaft, ein Projekt, eine Vision von Gesellschaft, zumindest von gesellschaftlichen Teilbereichen, die es zu verändern gilt. Ohne ein solches »Projekt« entfiele der Anspruch auf bewusste Gesellschaftsgestaltung. Dieses Projekt steht nicht immer von Anbeginn im Sinne einer gemeinsamen Agenda der Protestierenden vor Augen (»Die Zukunft ist weiblich«; »Eine andere Welt ist möglich«), sondern entwickelt sich oft erst in und mit der Entfaltung sozialer Bewegungen. Aber nur wenn Protest das Stadium der bloßen Negativkoalition verlässt und eine eigene Agenda und eigene Visionen entwickelt, können wir sinnvoll von sozialer Bewegung sprechen. Ein Beispiel dafür ist die Anti-Atomkraftbewegung, die sich von der Ablehnung einzelner Bauvorhaben (»Kein AKW in …«) zu einer umfassenderen Bewegung entwickelte, welche die demokratische Kontrolle technologischer Entwicklungen forderte, vorgebliche Sachzwänge in Frage stellte, die Verflechtung politischer und wirtschaftlicher Interessen kritisierte und alternative Wege der Energieerzeugung propagierte. Ein anderes Beispiel sind die heutigen Bewegungen gegen eine neoliberale Globalisierung, die zunehmend auch Vorstellungen einer anderen Weltordnung entwickeln und mit konstruktiven Vorschlägen in einzelnen Politikfeldern aufwarten.

In und mit sozialen Bewegungen versuchen üblicherweise solche Akteure Einfluss zu gewinnen, die sich und ihre Interessen im politischen Normalbetrieb nicht, zumindest nicht angemessen, berücksichtigt sehen. Sie wollen, wie beispielsweise die Frauenbewegung und die US-amerikanischen *poor people's movements*, die bestehenden Ungleichheitsverhältnisse, das Machtgefüge mit seinen »eingebauten« Herrschaftsansprüchen und Privilegierungen verändern.

Es ist früh beobachtet worden, dass Bewegungen in unterschiedlichem Maße strategisch orientiert bzw. strategiefähig sind. Entsprechend wurde unterschieden zwischen macht- und kulturorientierten Bewegungen (Raschke 1985); strategisch- und identitätsorientierten Bewegungen (Cohen 1985) oder instrumentell (Öko-, Anti-AKW-, Solidaritätsbewegungen), subkulturell (Frauen/Homosexuelle) und gegenkulturell (Autonome) orientierten Bewegungen (Koopmans 1995; Kriesi u. a. 1995). Empirisch finden wir in der Regel Mischungen von kulturellen und politischen Zielen. Auch wenn es z. B. der Schwulenbewegung in erster Linie um die öffentliche Anerkennung einer Lebensweise geht, drängt sie zugleich auf rechtliche Gleichstellung in allen Lebensbereichen (»Homo-Ehe«, Erbrecht, Diskriminierungsverbote etc.). Eine rein subkulturelle Bewegung ist schwer vorstellbar, stößt sie doch in ihrer Alltagspraxis immer wieder an die Grenzen der Mehrheitsgesellschaft und ihrer Kontrollinstanzen. Debatten in selbstverwalteten Betrieben und Alternativprojekten liefern hierfür reichlich Anschauungsmaterial. Zugleich ist auch über-

© Campus Verlag GmbH

wiegend politisch intervenierenden Bewegungen eine kulturelle Agenda eigen, wie beispielsweise die Wiederentdeckung des Alemannischen im grenzübergreifenden Widerstand gegen den Bau eines Atommeilers in Wyhl am Kaiserstuhl verdeutlicht. Daher ist es sinnvoll, eher von dominanten Orientierungen und Strömungen in sozialen Bewegungen zu sprechen, die andere Ausrichtungen stets einschließen.

Die dominante Orientierung von Bewegungen beeinflusst und begrenzt deren Handlungsrepertoire. Dies wurde besonders in der Weigerung der autonomen Frauenbewegung in den 70er Jahren deutlich, übergreifende politische Repräsentationsformen zu entwickeln, die notwendig die autonomen Gestaltungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene eingeschränkt und Formen der Stellvertretung geschaffen hätten. Mit der Abneigung gegen jede Form der vereinnahmenden Stellvertretung hatten nicht nur die diversen Versuche zur Etablierung von Frauenparteien, sondern auch zentrale Projekte wie die Sommeruniversitäten für Frauen in Berlin oder die bundesweite Frauenzeitschrift »Courage« zu kämpfen.

Da soziale Bewegungen den »normalen Gang der Dinge« stören, Partei ergreifen, ausgegrenzte Interessen vorbringen, bestehende Herrschaftsverhältnisse kritisieren und alternative Lebensstile proklamieren, sind sie umstritten. Stets treffen sie auf andere Akteure, Institutionen, Herrschaftsverhältnisse, Gegenbewegungen etc., die ihre Anliegen unterstützen, ignorieren oder bekämpfen. In demokratisch verfassten Gesellschaften stellt die Öffentlichkeit jene Sphäre dar, in der solche Konflikte und Antagonismen ausgetragen werden. Zum Begriff der sozialen Bewegung gehört daher immer auch die Möglichkeit des Scheiterns, sei es vollständig oder teilweise. Dazu gehört auch die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit, gemessen an den eigenen Maßstäben höchst ambivalente Resultate zu erzielen, wie z. B. die Kooptation einzelner Forderungen und Personen oder die nicht intendierte Stabilisierung eines kritisierten Systems, das in begrenztem Maße Impulse aufgreift und unter dem Druck der bewegten Kritik Anpassungsleistungen vollbringt. Niklas Luhmann hat diese Möglichkeit in eine funktionale Metapher gekleidet, wonach Protestbewegungen Herausforderungen für das Immunsystem der Gesellschaft sind, die dessen Abwehrkräfte steigern können.

Selbstveränderung und Gesellschaftsveränderung kommen in sozialen Bewegungen eng, wenngleich in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen, zusammen. Das Engagement in sozialen Bewegungen ist zumeist mit politischen Lernprozessen und der Horizonterweiterung von Individuen verknüpft. Aus pädagogischer Sicht stellen viele soziale Bewegungen geradezu ideale Lernorte dar, weil sie selbstbestimmte, dynamische, interaktive und offene Lernprozesse mit Ernstcharakter ermöglichen, die mit der allgemeinen Aufwertung informellen Lernens an Bedeutung gewinnen (Overwien 2005). Diese Dynamik lässt sich immer wieder in Bürgerinitiativen beobachten, deren Aktive sich in kurzer Zeit vielfältige Kompetenzen aneignen müssen, um Unterstützung zu mobilisieren und in der öffentlichen Auseinandersetzung zu bestehen. Wer sich z. B. für oder gegen ein Windrad in seiner Nähe stark macht, wird mit genehmigungsrechtlichen Fragen aller Art konfrontiert, erhält unerwartete Einblicke in kommunalpolitische Machtstrukturen und lernt, wie und wo man eine Demonstration oder Kundgebung anmeldet. Viele soziale Bewegungen entwickeln zudem formale Lerninstanzen, um AnhängerInnen zu schulen und den eigenen Erfahrungshorizont zu erweitern. Die Formen reichen von protestgeprägten

© Campus Verlag GmbH

Angeboten, wie der Volkshochschule Wyhler Wald oder der Walduniversität im Hüttendorf an der Startbahn West (Beer 1978), bis zu dauerhaften Einrichtungen, zum Beispiel lokalen »Frauenschulen« oder »Öko-Instituten«. Aktuell versteht sich der globalisierungskritische Zusammenschluss »attac« in seiner wenig spektakulären Alltagspraxis (Vorträge, Seminare, Sommerschulen, wissenschaftliche Publikationen) als alternative Volkshochschule in Sachen Globalisierung.

Dass in sozialen Bewegungen auch Erfahrungen ganz anderer Art gemacht werden können, sollte nicht vergessen werden. Die »Wortergreifungen« und Straßendemonstrationen der rechtsextremen Szene bieten sicherlich keine Orte demokratischen Lernens, sondern taugen eher dazu, menschenverachtende Einstellungen und Vorurteile zu verstärken.

3.2 Einige Abgrenzungen

Revolutionäre Gesellschaftsumbrüche sind nicht die Währung, in der sich die Wirkungen sozialer Bewegungen sinnvoll messen lassen. Revolutionen sind schwer herbeizuführen und entsprechend selten, können jedoch Ausdruck von sozialen Bewegungen sein. Auch wenn revolutionär gesinnte Strömungen in sozialen Bewegungen mehr oder weniger prominent anzutreffen sind (etwa die radikale Linke in den studentischen Protestbewegungen), sind die Veränderungserwartungen zumeist bescheidener. Moderate und reformorientierte Strömungen prägen häufig das Gesamtbild von Bewegungen. In einigen gibt es sogar einflussreiche konservative Strömungen, wie etwa im Umwelt- und Naturschutz der Ökologiebewegung. Die politische Diskurspalette sozialer Bewegungen ist heute vermutlich weniger denn je überwiegend radikal gesellschaftskritisch oder revolutionär gestimmt.

Soziale Bewegungen sind auch nicht gleichzusetzen mit Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Nichtregierungsorganisationen oder Parteien. Auch für diese vier Formen kollektiven Handelns gilt, dass sie Teil von sozialen Bewegungen sein können. Sie können jedoch auch völlig unabhängig davon existieren. Bürgerinitiativen haben zum Beispiel seit ihrer Gründungswelle in den späten 60er Jahren eine solche Dichte erreicht, dass bereits wenige Jahre danach von einer »Bürgerinitiativbewegung« die Rede war (Mayer-Tasch 1976). Das Grundprinzip von Bürgerinitiativen ist denkbar einfach: Betroffene und/oder engagierte BürgerInnen finden sich anlassbezogen zusammen, meist um administrative Zumutungen zurückzuweisen, Planungen zu blockieren und konkrete Alternativen einzufordern. Aus der Perspektive der Kommunalverwaltungen betreiben sie eine »Gegenimplementation von unten« (Hellmut Wollmann), d. h. sie korrigieren Entscheidungen des politischen Normalbetriebs, versuchen es zumindest. Eine wesentliche Voraussetzung ist das gestiegene Kompetenzbewusstsein in der Bevölkerung und die in den 60er Jahren gewonnene Alltagserfahrung, dass Neinsagen möglich und gelegentlich sogar erfolgreich ist. Viele Bürgerinitiativen bleiben bei ihren überschaubaren und thematisch begrenzten Interessen, seien es Krötentunnel und Nistkästen, die Verhinderung einer lärmintensiven Durchgangsstraße oder die Möglichkeit, das eigene Kind im Krankenhaus zu betreuen. Aber nicht wenige haben sich im Laufe der Zeit etwa als Teil einer umfassenderen Ökologiebewegung begriffen; ihre Interessen »ergrünten« und wurden im ökologischen Kontext von dem Geruch bornierter Interessenpolitik befreit. Bundesweite thematische Zusammenschlüsse etwa gegen Fluglärm, von Verkehrsinitiativen oder für den Umweltschutz haben dazu beigetragen, einen überregionalen Austausch, The-

© Campus Verlag GmbH

menbündelung und gemeinsame Aktionsansätze zu entwickeln.

Ein Wesenszug vieler Bürgerinitiativen ist es, nicht mehr nur auf staatliches Handeln zu vertrauen, sondern eigene Lösungsansätze zu entwickeln. Reformpädagogisch inspirierte Kindereinrichtungen, die durch Elterninitiative zustande kommen und getragen werden, sind ein typisches Beispiel. Dieses Element der Selbsthilfe hat sich seit den 70er Jahren besonders im Gesundheitswesen ausgebreitet. Von spezifischen Leiden gleichermaßen Betroffene finden sich zusammen, helfen sich wechselseitig und besorgen sich professionelle Unterstützung auf gleicher Augenhöhe. Zu Beginn der 80er Jahre hatte sich das Geflecht von Selbsthilfegruppen und kritischen professionellen Initiativen derart verdichtet, dass von einer alternativen Gesundheitsbewegung gesprochen wurde, die auf bundesweiten Gesundheitstagen ihre Kritik am bestehenden Gesundheitswesen austauschte und alternative Wege zur Gesundheit auslotete. Zwar hat der professionskritische Stachel der Selbsthilfe- und Gesundheitsbewegung seither deutlich an Wirkung eingebüßt, aber die Förderung von gesundheitsbezogenen Selbsthilfegruppen konnte sich mit 321 lokalen Selbsthilfekontaktstellen und -unterstützungseinrichtungen und 430 bundesweiten Selbsthilfeorganisationen und -vereinigungen etablieren und sogar gesetzlich abgesichert werden (vgl. NAKOS 2006, 2006a).

Der Begriff »Nichtregierungsorganisation« (non-governmental organisation – NGO) stammt aus der internationalen Politik, vor allem aus dem UN-System. Die beiden Definitionsmerkmale, nicht Regierung zu sein und gleichwohl organisiert, machten in diesem staatengeprägten Kontext durchaus Sinn. Umstritten ist bis heute allerdings, wo die Grenzen der NGO-Welt liegen. Gehören zum Beispiel transnationale Konzerne und transnationale Wirtschaftsorganisationen, wie die International Chamber of Commerce, dazu oder sollte der Begriff für uneigennützige Themenanwälte vom Typus »amnesty international« reserviert werden? Die Weite des NGO-Begriffs macht es möglich, dass auch Bewegungsorganisationen zu den NGOs gezählt werden können. Umgekehrt wirken viele NGOs an Kampagnen und Mobilisierungen mit, wie z. B. die internationale Kampagne gegen Landminen oder für einen Schuldenerlass (»Jubilee 2000«), die Bewegungscharakter annehmen können bzw. sich als Teil sozialer Bewegungen verstehen. Je nach internationalem Regime oder Themenfeld variieren das Erscheinungsbild und die bevorzugten Strategien von NGOs enorm (Brunnengräber/Klein/Walk 2005). Das Spektrum reicht von der mehr oder weniger radikalen Kritik transnationaler Organisationen und internationaler Politik über NGOs, die einen Politikmix aus Protest und Kooperation bevorzugen (wie etwa Greenpeace) bis zur Übernahme staatlicher Funktionen durch NGOs (z. B. in öffentlich geförderten Entwicklungsprojekten). Weder Protest noch die Absicht nachhaltiger Gesellschaftsveränderung gehören zu den verbreiteten oder gar notwendigen Definitionsmerkmalen von NGOs.

Das einzig erfolgreiche Parteienprojekt seit den 50er Jahren, die »Grünen« bzw. heute »Bündnis 90/Die Grünen«, ist aus den ökologischen Protesten der 70er und anderen Bewegungsmilieus entstanden. Mit der Metapher von Spielbein (Parlamentsarbeit) und Standbein (Bewegungspolitik) oder anspruchsvollen Konzepten, wie der »postkonventionellen Rahmenpartei«, der »Antiparteien-Partei« oder schlicht der »Partei neuen Typs«, versuchten die Grünen noch eine Weile, ihre bewegten Wurzeln zu pflegen. Der gemeinsame Auftritt bei Blockaden der Friedensbewegung oder an den Bauzäunen von

© Campus Verlag GmbH

Atomprojekten gehörte in den Anfangsjahren der Partei zum obligatorischen Rahmenprogramm von Parteitagen (bzw. »Bundesdelegiertenversammlungen«), mit dem Bewegungsnähe zelebriert wurde. Durch die Bürgerbewegungen, die zum Ende der DDR beitrugen, erhielten die Grünen Anfang der 90er Jahre neue Bewegungsimpulse. Dennoch ist es symptomatisch, dass die gründlichste Analyse der Geschichte und Strukturen der neuen Partei bereits 1993 das Scheitern von Basisdemokratie und Bewegungspartei konstatierte (Raschke 1993: 640 ff.). Vom parteiförmigen »Bewegungsprojekt« der Grünen, das von Anbeginn gerade in seinem Verhältnis zu sozialen Bewegungen heftig umstritten war (Roth 1980), ist seither kaum mehr die Rede – ein Anspruch aus der Gründungsphase, der der grünen Parteielite spätestens seit ihrer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene ab 1998 eher peinlich geworden sein dürfte.

Die jüngere Debatte über soziale Bewegungen ist stark von den politischen Rahmenbedingungen westlicher Demokratien geprägt, in denen Opposition grundsätzlich legitim und im parlamentarischen Raum sogar funktional notwendig ist. Auch außerparlamentarische Oppositionsbewegungen können sich prinzipiell auf politische Freiheitsrechte berufen und einen legalen und legitimen Handlungsraum für sich beanspruchen, dessen Grenzen freilich stets umstritten sind. Nicht nur die Frühgeschichte der Bundesrepublik bietet reichlich Anschauungsmaterial, dass diese unaufgeregte Sicht auf Protest und Bewegungen immer wieder erstritten werden muss. »Unruhe«, »Rebellion« und »Aufstand« war z. B. das vordemokratisch eingefärbte politische Vokabular, mit dem die damaligen politischen Eliten über die Proteste von »68« debattierten (Kersting 2003). Immerhin verständigte sich Anfang des neuen Jahrhunderts eine Enquête-Kommission des Bundestags in ihrem Abschlussbericht einvernehmlich darauf, dass auch öffentliche Kritik und Widerspruch in Form von sozialen Bewegungen selbstverständliche Formen des bürgerschaftlichen Engagements darstellen (Enquête-Kommission 2002: 74 ff.).

Ganz anders war die Situation in Gesellschaften vom Typus der DDR. Auch hier gab es eine Fülle von Widerspruch und Opposition, die aber erst in den 80er Jahren unter dem »Dach der Kirche« und besonders zum Ende der DDR die Chance erhielt, bewegungsförmig zu agieren. Wo grundsätzlich die Legitimität von Opposition bestritten wird, nimmt sie schnell regimekritische Formen des *Widerstands* an. Diese können von offenen *Aufständen*, wie am 17. Juni 1953, bis zu lokalen *Subkulturen* reichen. Letztere waren bereits parallel zu den antiautoritären Protesten in den 60er Jahren in einigen Städten der DDR entstanden und hatten in den 80er Jahren deutlich an Anziehungskraft vor allem für Jüngere gewonnen, die ihre Distanz zum Regime zumeist in mehr oder weniger tolerierten (alltags)kulturellen Formen auslebten. Neben den besonderen Möglichkeiten, oppositionelle Motive im kirchlichen Raum zu entfalten, sticht in der DDR und anderen osteuropäischen Gesellschaften die Widerstandsform der *Dissidenz* hervor (vgl. Florath 2006). Diese zumeist intellektuelle Praxis präsentiert sich als öffentliche Form »immanenter Kritik«, indem sie die Diskrepanz zwischen der Wirklichkeit kommunistischer Politik und Postulaten der Ideologie zum Skandal macht, ohne sich vom kommunistischen Ideal abzuwenden. Die Biografien prominenter Dissidenten wie Robert Havemann, Rudolf Bahro und Wolf Biermann erinnern an die Gratwanderung dieser Praxis zwischen öffentlichem Auftritt und strengem Hausarrest. Hinzu kommt die besonders in den beiden

© Campus Verlag GmbH

deutschen Parallelstaaten stets vorhandene und häufig genutzte herrschaftliche Option der – im Osten oft auch erzwungenen – Abwanderung bzw. Ausbürgerung (»Geh doch nach drüben!«). Durchaus vergleichbare Protestmotive und -potenziale konnten sich unter den repressiven DDR-Verhältnissen in der Regel nicht zu sozialen Bewegungen entwickeln, sondern nahmen andere Formen des Widerstands und Dissenses an.

Eine ganz andere Abgrenzung scheint ebenfalls angezeigt. Terroristische Praxisformen und Gruppen zählen wir nicht zu den sozialen Bewegungen. Dies mag willkürlich erscheinen, sind doch terroristische Gruppen und Aktionsformen häufig aus sozialen Bewegungen entstanden. Zum Beispiel waren die erste Generation der »Roten Armee Fraktion« (RAF), aber auch die »Revolutionären Zellen« Zerfalls- und Transformationsprodukte der Mobilisierungen, die mit der Jahreszahl 1968 verbunden werden (Kraushaar 2006: 23). Die RAF hat kapitalismuskritische und antiimperialistische Motive aufgegriffen und radikalisiert, die in der studentisch geprägten Protestbewegung zentral waren. Ihre Orientierung auf die Dritte Welt war zudem in einer transnationalen Protestpraxis verankert, ohne die weder die RAF noch ihre Nachfolgegruppen denkbar wären. Dennoch macht eine neuere handliche Terrorismusdefinition der Vereinten Nationen fundamentale Unterschiede zu sozialen Bewegungen deutlich: Terrorismus sei die »gegen Zivilisten angewandte Gewalt, um Staaten zu erpressen oder Bevölkerungen einzuschüchtern« (zit. nach Neidhardt 2006: 125, Fn. 11). Zudem sind die zumeist negativen Rückwirkungen terroristischer Praxis auf soziale Bewegungen enorm, wie das Beispiel des »Deutschen Herbstes« und das bereits zu Beginn der 70er Jahre ausgebaute »System der inneren Sicherheit« deutlich zeigen. Terroristische Mobilisierungen tragen durch ihren Primat der Gewalt und den Frontalangriff auf den Staat zur Steigerung staatlicher Repression bei und engen damit den Handlungsspielraum sozialer Bewegungen ein.

Andere Beobachter betonen die Lernzwänge, die von terroristischer Praxis auf soziale Bewegungen ausgehen können. So habe der »Deutsche Herbst« von 1977 dazu beigetragen, dass rechtsstaatlich begrenzte und parlamentarisch orientierte Strategien radikale Veränderungskonzepte ablösten. »Es scheint jedenfalls alles andere als Zufall gewesen zu sein, dass mit dem 1977 offenbar gewordenen Scheitern der radikalen Linken zugleich ein Transformationsprozess einsetzte, der mit der Partei der Grünen eine zusätzliche parlamentarische Kraft zum Resultat hatte.« (Kraushaar 2006: 26) Illegalität, eine »kommunikative Gewaltstrategie«, eine Politik der Spannungen und Angst sind einige Merkmale terroristischer Praxis, die sie in eine scharfe Opposition zu Aktionsformen zumindest der neuen sozialen Bewegungen führen, die auf kognitive Überzeugungsarbeit und auf die Selbstaufklärung der Akteure setzen. Angesichts der illegalen und klandestinen, Menschenleben gering schätzenden Aktionsformen sowie einer Politik der Angst terroristischer Gruppen dürfte deren Nähe zu Bewegungen bei der Serie von rechtsextremen Anschlägen auf Asylbewerberunterkünfte Anfang der 90er Jahre noch am größten gewesen sein.

3.3 Zentrale Dimensionen sozialer Bewegungen

Die Beiträge über einzelne Bewegungen, die in diesem Handbuch dargestellt werden, folgen einem einheitlichen Darstellungsschema, das zentrale Dimensionen sozialer Bewegungen aufgreift. Sie sollen im Folgenden kurz erläutert werden:

© Campus Verlag GmbH

Abgrenzungen zu anderen Bewegungen

Die Vertraktheit der Rede von sozialen Bewegungen beginnt oft schon mit der Namensgebung. Ist die Anti-AKW-Bewegung ein Teil der Ökologiebewegung? Sind es auch die Proteste gegen Flughafenprojekte? Kann von einer Ökologiebewegung überhaupt gesprochen werden, wenn wir uns das Spektrum von offensiven Initiativen wie Robin Wood, die auf zivilen Ungehorsam und direkte Aktionen setzen, über honorige Institutionen (etwa das Öko-Institut in Freiburg) und konservative Naturschutzvereinigungen bis zur Selbstvermarktung ökologischer Produkte durch Regionalwährungen und Tauschringe anschauen? Diese Frage nach der inneren Einheit, meist als *kollektive Identität* verstanden, ist für solche offenen und fluiden Gebilde wie soziale Bewegungen von besonderer Bedeutung. Da sie nur begrenzt über formale Mitgliedschaften und entsprechende selektive Anreize verfügen, sind Gefühle der Zugehörigkeit eine zentrale Voraussetzung für ihre Mobilisierungsfähigkeit. Wer sich selbst als Akteur oder Anhänger einer sozialen Bewegung sieht, wird für deren Themen und Aktionsangebote besonders ansprechbar und in der Regel stärker in ihre Netzwerke und Kommunikationsstrukturen eingebunden sein. Die Kehrseite von Zugehörigkeiten sind Abgrenzungen: Dies ist nicht meine Bewegung! Dieses Thema, diese Aktionsformen gehören nicht dazu!

Solche Abgrenzungen sind besonders für Strömungen der neuen sozialen Bewegungen schwierig und problematisch, weil sich gerade diese Bewegungsfamilie durch überlappende Anhängerschaften und vielfältige thematische Überschneidungen auszeichnet, wie die Beispiele Ökopazifismus und Frauenfriedensbewegung illustrieren. Grenzziehungen sind jedoch nicht nur wichtig, um den Gegenstand der Darstellungen zu umreißen, sondern sie markieren auch reale Diskurs- und Mobilisierungsgrenzen von sozialen Bewegungen.

Historische Vorläufer und Ausgangssituation

Kaum ein Thema gegenwärtiger sozialer Bewegungen ist wirklich neu. Gerechtigkeit, Menschenrechte oder Bürgerrechte sind zum Beispiel Motive, die sich in historisch weit zurückliegenden Bewegungen auffinden lassen. Am ehesten scheint die Vermutung einer neuen Thematik noch für Mobilisierungen gegen die letzte Generation von Risikotechnologien (Atomindustrie, Gentechnik etc.) zu gelten. Aber auch hier lassen sich technikkritische Motive finden, die bereits vor Dekaden Menschen bewegt haben. Rückblickend ist festzustellen, dass soziale Bewegungen ihre Geschichte und Vorgeschichte immer wieder aufs Neue entdecken und in gewisser Weise »erfinden«. Diese stets selektive Rückbesinnung auf bewegte Wurzeln und Traditionen ist eine mehr oder weniger bedeutsame Quelle von Bewegungspolitik nach innen und nach außen. Die »Erfindung von Tradition« kann die Legitimation und das politische Gewicht der eigenen Mobilisierungen verstärken, zusätzliche Motive hervorbringen und Entwürfe für gesellschaftliche Alternativen aktualisieren helfen. Diese Bewegungspraxis reagiert häufig auf negative historische Verortungen, die von den Kritikern und Gegnern sozialer Bewegungen regelmäßig ins Feld geführt werden (irrationale, neoromantische oder gar faschistische Traditionen, the »German Angst« etc.). Aber was haben die historische Frauenbewegung des Vormärz oder die Kämpferinnen für das Frauenwahlrecht um die Wende zum 20. Jahrhundert mit jener Frauenbewegung wirklich gemeinsam, die innerhalb und mit den Protestbewegungen der späten 60er Jahre

© Campus Verlag GmbH

als »neue Frauenbewegung« startete? Lassen sich frühe Kritiken der beginnenden Industrialisierung oder Beschwörungen eines vorgeblich idyllischen Landlebens wirklich bis zum ökologischen Protest unserer Tage verlängern und welche Konsequenzen hätte dies?

Wie schwierig die Frage nach den Ursprüngen und Vorläufern zu beantworten ist, tritt am Beispiel der Schwulenbewegung deutlich vor Augen. In Deutschland feierte sie 1997 ihr einhundertjähriges Jubiläum, genauer: die mit dem Namen Magnus Hirschfeld verbundene Gründung des Wissenschaftlich-humanitären Komitees, der weltweit ersten Organisation, die sich öffentlich für die Rechte der Homosexuellen einsetzte. Gleichwohl drängen sich Zweifel an dieser Kontinuitätskonstruktion auf, konnten doch die Aktivitäten des Komitees unter den Bedingungen des Kaiserreichs kaum Bewegungscharakter annehmen. So wird der Start der eigentlichen (bzw. »zweiten«, durch den Faschismus unterbrochenen) Schwulenbewegung international auf die Proteste gegen Diskriminierungen im New Yorker Stadtteil Greenwich Village im Juni 1969 datiert – ein Ereignis, an das bis heute mit jährlichen Christopher Street Day-Paraden erinnert wird. In der Bundesrepublik gab die erste Liberalisierung des § 175 StGB im gleichen Jahr den Anstoß, richteten sich die Mobilisierungen von Homosexuellen doch über den gesamten Zeitraum gegen diesen 1875 eingeführten, unter den Nazis noch verschärften Paragraphen, der sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe stellte.

Entwicklungslinien

Was für die Schwierigkeiten mit dem Anfang gilt, lässt sich auch für die Entwicklung und das Ende von Bewegungen sagen. Öffentlich sichtbare Protestereignisse, über die in den Medien berichtet wird, können helfen, die Mobilisierungen von sozialen Bewegungen nachzuvollziehen. Aber soziale Bewegungen verfolgen ihre Themen und Veränderungsmotive stets auch auf andere, weniger öffentlich sichtbare Weise, wie in eigenen wissenschaftlichen Einrichtungen, in Subkulturen von Gleichgesinnten, die in ihren Projekten bereits die gewünschten gesellschaftlichen Verhältnisse antizipatorisch vorwegnehmen, in lokalen Bewegungsmilieus oder transnationalen Mobilisierungsnetzwerken, nicht zuletzt auch als Strömungen in bestehenden Institutionen oder durch engagierte Einzelne. Sichtbare Proteste sind also nur die Spitze eines Eisbergs. Der italienische Soziologe und Psychoanalytiker Alberto Melucci hat die Entwicklung zeitgenössischer Bewegungen als ein Schwanken zwischen Latenz und Sichtbarkeit, als Verknüpfung von alltäglicher kultureller Veränderungspraxis und gelegentlichen sichtbaren Protesten beschrieben. Damit vollzog er einen Bruch mit Zyklen- und Stadienmodellen sozialer Bewegungen, die – wie Robert Michels, Rosa Mayreder oder Rudolf Herberle unter dem Eindruck der historischen Arbeiter- und Frauenbewegung – den »typischen Verlauf sozialer Bewegungen« als Entwicklung von der Bewegung zur Institution, d. h. einer mehr oder weniger erfolgreichen Institutionalisierung beschrieben haben. Heute steht eher in Zweifel, ob überhaupt ein »gesetzmäßiger« Verlauf von Bewegungen festzustellen ist.

Das Wechselspiel von Latenz und Sichtbarkeit muss keine »unendliche Geschichte« sein. Wo es kaum mehr sichtbare Proteste gibt, stellt sich die Frage nach der Existenz von Bewegungen, wie dies z. B. für die Schwulen- und die neue Frauenbewegung immer wieder getan wird. Institutionalisierungsprozesse lassen sich auch heute allenthalben beobachten. Aus Bewegungsmerkmalen (»alternativ») sind Vorteile bei der Erlangung von staatlichen

© Campus Verlag GmbH

Subventionen geworden; Alternativbetriebe, die das »Anders-leben-und-arbeiten« auf ihre Fahnen geschrieben hatten, haben sich zuweilen in »stinknormale« Unternehmen verwandelt; wo früher einem programmatischen Dilettantismus gefrönt wurde (»alle machen alles«), sind nicht selten Arbeitsteilung und Professionalisierung eingekehrt. An Anzeichen solcher Institutionalisierungsprozesse mangelt es auch in aktuellen Bewegungen nicht. Gleichwohl fügen sie sich insgesamt nicht in das Muster bürokratischer Wachstumsringe in Richtung Groß- und Massenorganisation, das noch vor hundert Jahren als »ehernes Gesetz« verstanden werden konnte.

Zum gegenwärtigen Bild einer Bewegungsgesellschaft gehört auch die Möglichkeit, dass sich Bewegungen als Bewegung auf Dauer stellen – zumindest solange ihre Motive nicht erschöpft und ihre Ziele nicht erreicht sind. Dass ihre aktuellen Mobilisierungschancen dennoch stark durch politische und gesellschaftliche »Gelegenheiten« geprägt werden, also nicht nur »selbstgemacht« sind und auf einem gleichbleibend hohen Niveau verbleiben können, erschließt sich im historischen Rückblick ohnehin. So haben z. B. die demokratischen Reformversprechen der Regierung Brandt/Scheel, die selbst eine Reaktion auf die massive außerparlamentarische Opposition in der zweiten Hälfte der 60er Jahre darstellen, erheblich zu den Aufbrüchen der neuen Frauenbewegung und der Schwulenbewegung beigetragen und die ökologischen Proteste der Bürgerinitiativen ermutigt, die Verwirklichung von »mehr Lebensqualität« in die eigenen Hände zu nehmen. Aber auch aufgrund von Blockaden auf Seiten der etablierten Politik können Bewegungen an Kraft gewinnen, wie dies für die friedensbewegten Proteste gegen die »NATO-Nachrüstung« mit neuen Mittelstreckenraketen zu Beginn der 80er Jahre der Fall war. Da sich sowohl die sozialdemokratisch geführte Regierung Schmidt als auch die sie ablösende Kohl-Regierung abweisend verhielten, entwickelte sich – angeregt durch ähnliche Mobilisierungen in ebenfalls betroffenen Nachbarländern – eine der größten Protestbewegungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Entwicklungslinien von Bewegungen lassen sich also nicht ohne historische Gelegenheiten als wichtige Rahmenbedingung nachzeichnen. Ob und wie weit diese Gelegenheitsfenster bewegungspolitisch geöffnet werden, lässt sich in der Regel erst rückblickend bestimmen (Rucht 1998a).

Ideologien und Zielsetzungen

Soziale Bewegungen haben gemeinsame Ziele, Überzeugungen und Deutungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, die kollektives Handeln ermöglichen. Solche Interpretationsrahmen (»frames«) kennen wir als ideologische Strömungen aus der Geschichte der verschiedenen Arbeiterbewegungen, die sich oft konkurrierend, gelegentlich sogar feindlich gegenüberstanden. Aber auch in weniger kompakter und geschlossener Form sind gemeinsame Überzeugungen und Deutungen für Bewegungen unabdingbar. Sie markieren Zugehörigkeiten für die Anhängerschaft und Grenzen zur Mehrheitsgesellschaft, zu den Nichtbewegten und den Gegnern. Dies gilt auch heute besonders für die rechtsradikalen Mobilisierungen. Dennoch haben wir es in den letzten Jahrzehnten überwiegend mit sozialen Bewegungen zu tun, die mit einem erstaunlich geringeren Maß an ideologischen Gemeinsamkeiten auszukommen scheinen. Selbst vermeintlich kompakte Einzelbewegungen, etwa die Ökologiebewegung, gibt es nur im Plural. Entsprechend war auch die breite Diskurspalette der neuen sozialen Bewegungen – vgl. etwa die Analyse der ökologischen Diskurse

© Campus Verlag GmbH

von Kitschelt (1984) – nicht nur Ausdruck eines bunten und tastenden Anfangs, wie er auch für die historische Arbeiterbewegung nachgezeichnet wurde (Vester 1970; Calhoun 1995). Neuere Bewegungen müssen augenscheinlich mit einem begrenzten Haushalt an gemeinsamen Vorstellungen auskommen und einen ideologischen Pluralismus akzeptieren. Symptomatisch ist hierfür die Debatte über kollektive Identitäten. Je intensiver die Suche nach der kollektiven Identität von NSB betrieben wird, desto diffuser und vielfältiger fallen die Befunde aus (Roth 1998a).

Dies hat nicht zuletzt mit dem Übergewicht junger, gut gebildeter Bevölkerungsgruppen zu tun, die in den neuen sozialen Bewegungen eine tragende Rolle spielen. Wissenschaftlich unterstützte Selbstreflexion ist für viele Bewegungsthemen konstitutiv. Die Mobilisierungen transnationaler Bewegungen greifen häufig auf wissenschaftliche Vorarbeiten von »epistemic communities« zurück, die sich nicht zuletzt auf die Expertise von spezialisierten Nichtregierungsorganisationen stützen. Manche Bewegungen, wie z. B. die neue Frauenbewegung, haben nicht nur eigene, akademisch vorzeigbare Wissensbestände (Frauen- und Geschlechterforschung etc.) aufgebaut, sondern konnten in einigen Hochschulen zumindest Nischen erobern, in denen Bewegungsmotive auf Dauer gestellt werden. Hinzu kommen unabhängige wissenschaftliche Einrichtungen (Öko-Institute, entwicklungspolitische Forschungseinrichtungen etc.), die von bewegungsnahem Personal betrieben werden – von bewegungseigenen Archiven, Bildungsstätten und anderen Formen der politisch-pädagogischen Vermittlung von Bewegungswissen ganz zu schweigen.

Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, dass Proteste, Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik zu wichtigen politischen Lernorten und Experimentierbaustellen geworden sind. Soziale Bewegungen sind jedoch keine Universitätsseminare, die von kognitiven Lernanstrengungen und deliberativen Überzeugungsprozessen allein leben könnten. Ohne starke Emotionen und Motive, ohne Moral und Empörung, ohne Mitleid und Solidarität, ohne Zuspitzung und Dramatisierung kommen sie nicht zustande und nicht aus. Diese expressiven Dimensionen von Bewegungspolitik dienten und dienen oft dazu, soziale Bewegungen pauschal unter Irrationalitätsverdacht zu stellen und sie gegenüber einer vorgeblich »nüchternen« und »rationalen« institutionellen Politik abzuwerten. Dagegen haben sich Bewegungen immer wieder bemüht, den Realismus ihrer Gefühlswelten zu betonen – sei es nun die Empörung über gesellschaftliche Ungerechtigkeiten und wachsende soziale Ungleichheit, seien es Befürchtungen im Angesicht neuer Risikotechnologien. Besonders die Vordenker der Friedensbewegung haben sich früh zu ihren »Ängsten« bekannt – so z. B. Günther Anders in seinem Aufruf »Mut zur Angst« (1956) angesichts der atomaren Aufrüstung oder Alexander Kluge, der über »Das Selbstvertrauen in unseren Ängsten« (1982) in den Mobilisierungen gegen die Neutronenbombe und die NATO-»Nachrüstung« sprach.

Im letzten Jahrzehnt ist es zu einer Aufwertung der emotionalen und moralischen Dimensionen sozialen Protests gekommen, was sich auch in der Bewegungswissenschaft spiegelt. Bahnbrechend ist wohl James Jaspers Studie »The Art of Moral Protest« (1997) – zur deutschen Rezeption des Themas vgl. Klein/Nullmeier (1999). Es gehört zu ihrer besonderen Stärke, dass soziale Bewegungen solche Tiefenschichten unserer Existenz u. a. durch Musik, Symbole, Kleidungsstile, subversive Protestformen und Skandalisierungen ansprechen und oft auch erreichen.

© Campus Verlag GmbH

Organisationen und Netzwerke

In der öffentlichen Wahrnehmung gelten soziale Bewegungen als spontan und unorganisiert. Ihre Akteure versammeln sich zum Beispiel bei weltpolitischen Gipfeltreffen, um ihren Protest gegen aktuelle Formen der Globalisierung zum Ausdruck zu bringen. Wie viele Menschen am Ende kommen, scheint dem Zufall und dem Wetter überlassen. Diese populäre Sicht verkennt den organisierten Charakter sozialer Bewegungen. Bewegungen sind keine Organisationen; sie benötigen jedoch Organisationen, um sich zu bewegen. Ohne das stetige Wirken von mehr oder weniger dauerhaften Bewegungsorganisationen aller Art sind erfolgreiche Mobilisierungen eher unwahrscheinlich.

Mikrokontexte (Freundschaften, Milieus, Subkulturen, lokale Vereine etc.) sind vor allem bei riskanteren Formen des Protests unverzichtbar, aber eignen sich schwerlich für koordinierte politische Interventionen. Mobilisierung und »Framing« bedürfen einer zielorientierten Infrastruktur. Dazu gehören Medien und Kultureinrichtungen, spezialisierte Vereine und Organisationen, die sich anwaltlich der Bewegungsthemen annehmen und entlang gemeinsamer Ziele mobilisieren. Außerdem kommt es darauf an, Gruppen und Unterstützung aus befreundeten Organisationen zu gewinnen.

Wie wichtig diese Art der vernetzten Ressourcenmobilisierung ist, wird besonders bei Akteuren deutlich, die über wenig eigene Mittel verfügen. Proteste von armen Leuten (Obdachlose, Dauerarbeitslose, Asylbewerber etc.) brauchen in besonderer Weise solche externen Hilfen, wie das Angebot günstiger Fahrgelegenheiten, ohne die vielen Betroffenen eine Beteiligung an überregionalen Protesten gar nicht möglich wäre. Solche Abhängigkeiten von externen Unterstützern, seien es nun Parteien, Kirchen, Menschenrechtsgruppen, Wohlfahrtsverbände oder Gewerkschaften, sind zumeist prekär, bergen sie doch die Gefahr, für strategische Kalküle solcher Großorganisationen instrumentalisiert zu werden. Dieses Dilemma kennzeichnete weithin die Bewegungspolitik der 50er Jahre, die stark von Parteien, Gewerkschaften und anderen Verbänden geprägt war, weil diese Ressourcen und Mobilisierungskontexte bereitstellten. Erst mit den Ostermärschen ist in den frühen 60er Jahren eine weitgehend selbsttragende Infrastruktur entstanden, die der Bewegungspolitik ein gewisses Maß an Autonomie sicherte.

Besonders mit den antiautoritären Protesten und den neuen sozialen Bewegungen hat sich eine eigensinnige, überwiegend lokale Bewegungsinfrastruktur herausgebildet, die sich eine Weile selbstbewusst in alternativen »Stattbüchern« präsentierte (Roth 1994a), und sich nach der Wende auch rasch, wenngleich schwächer und mit eigenen DDR-Traditionen, in den neuen Bundesländern etablierte (Rucht u. a. 1997). Aus dem Verblassen des alternativen Charmes in den letzten beiden Jahrzehnten sollte jedoch nicht gefolgert werden, dass diese Bewegungsinfrastruktur gänzlich transformiert wäre. Je nach Bewegung kommt ein mehr oder weniger dichtes Netz an überlokalen und transnationalen Organisationen und Netzwerken hinzu, die in Bewegungspolitik »investieren«. Für eine Zeit und für bestimmte Themen können dabei auch Parteien und Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielen. In ihren Anfängen waren dies die Grünen; heute unterhält die Linkspartei im Bundestag immerhin eine »Kontaktstelle« zu sozialen Bewegungen.

Gelegentlich sind es auch einzelne »Bewegungsunternehmer«, die mit persönlichem Einsatz Proteste auslösen können, wenn entsprechende Gelegenheitsfenster offenstehen

© Campus Verlag GmbH

und die allgemeine Stimmungslage günstig ist. Dies gilt z. B. für den Magdeburger Dauerarbeitslosen Andreas Ehrholdt, der – wie eingangs beschrieben – im Sommer 2004 mit bescheidenen eigenen Mitteln die erste Montagsdemonstration gegen Hartz IV in seiner Stadt initiieren konnte und damit ein Modell lieferte, das schnell an anderen Orten aufgegriffen wurde. Mit dem Anwachsen der Proteste wurde eine entsprechende Infrastruktur (Podien, Lautsprecherwagen, Moderatoren etc.) benötigt, die dann häufig von lokalen Bündnissen gestellt wurde, für die Oppositionsparteien und lokale Gewerkschaftsgruppen wichtige Unterstützungsleistungen erbrachten.

Im Rückblick auf sechzig Jahre deutsche Bewegungsgeschichte scheint der Abschied vom ehernen Gesetz der Institutionalisierung endgültig. Der von Friedhelm Neidhardt (1985) geprägten Metapher von sozialen Bewegungen als »mobilisiertem Netzwerk von Netzwerken« scheint immer größere Realität zuzukommen, trotz all der auch zu beobachtenden Professionalisierungs- und Institutionalisierungstendenzen. Was im Sinne von Autonomie und Selbstbestimmung der Engagierten als höchste demokratische Tugend erscheinen mag, kann jedoch angesichts starker korporatistischer Gegenspieler auch als Organisationsschwäche gedeutet werden. »Ich bin meine eigene Frauenbewegung« (Zwaka u. a. 1991) klingt zwar wie der Triumph der selbstbestimmten Individualität, kann aber auch als Nachruf auf kollektives Handeln überhaupt verstanden und erfahren werden.

Strategien und Aktionen

Ohne sichtbaren Protest gibt es keine soziale Bewegung. Alltagsroutinen bestätigen den Status quo. Wer mehr und anderes will, muss sich etwas einfallen lassen. Deshalb sind Strategien und Aktionsformen zentral. In ihnen kommt zum Ausdruck, dass sich eine Bewegung bewegt, d. h. ihre AnhängerInnen halten an den Bewegungszielen fest, bekennen sich öffentlich dazu, versuchen Unterstützung zu gewinnen und staatliche Politik oder andere Akteure und Institutionen in ihrem Sinne zu beeinflussen. In diesem Spannungsfeld zwischen kollektiver Identitätsbehauptung (»Es gibt uns noch!«), strategischer Mobilisierung (»Wir sind viele und werden immer mehr!«) und Vision (»Es gibt Alternativen!«) sind die Strategien und Aktionen von sozialen Bewegungen angesiedelt. Die gewählten Mittel und Formen prägen den Charakter von Bewegungen. Aber sie müssen sich auch mit Blick auf eine breite Öffentlichkeit, auf potenzielle Unterstützer und Gegenspieler, auf Kontrollinstanzen und konventionelle Politik bewähren. Daraus resultieren Spannungen, die sich häufig nur in eine Richtung abschwächen lassen. Eine auf Selbstveränderung und Selbstbestätigung orientierte »identitätspolitische« Strategie wird andere Mittel und Zeitpunkte wählen als sie eine Strategie erfordert, die in erster Linie an Wirkungen in der Gesellschaft oder an einer veränderten Politik interessiert ist. Besonders die neuen sozialen Bewegungen versuchen dieses Spannungsverhältnis durch einen Spagat zu überbrücken, der beiden Ansprüchen gerecht wird.

Dies spiegelt sich auch in den bevorzugten Aktionsformen. Als ein kollektives Handeln, das sich von der institutionellen Normalität abhebt, versuchen soziale Bewegungen das Repertoire der politischen Einflussnahme in Gesellschaften zu erweitern. Beredtes Beispiel dafür sind die Massendemonstrationen im 19. und 20. Jahrhundert sowie die Popularisierung von vielfältigen Formen des zivilen Ungehorsams im ausgehenden 20. Jahrhundert, wie Sitzblockaden und Boykottinitiativen. Die Geschichte der sozialen Bewegungen

© Campus Verlag GmbH

der Bundesrepublik lässt sich in erheblichen Teilen als Geschichte der Demonstrationen und des Demonstrationsrechts schreiben, das protestierend beansprucht und durch diese Praxis weiterentwickelt wurde.

Ein Bescheid des Landratsamtes Obernburg an die Organisatoren des Ostermarschs von 1961 illustriert die Veränderungen in der politischen Kultur:

»Im Auftrag des Herrn Landrats bestätige ich Ihre Anmeldung für den so genannten Ostermarsch gegen Atomwaffen. Soweit die Demonstration durch das Gebiet des Landkreises Obernburg führt, darf nur auf Feldwegen und Landstraßen 3. Ordnung demonstriert werden. Die rechte Straßenseite ist streng einzuhalten und es darf nur in Zweierreihen gegangen werden. Eine Kundgebung auf dem Marktplatz von Obernburg wird nicht genehmigt, weil dadurch am Samstagnachmittag Ruhestörungen und Belästigungen zu erwarten sind. Für Ihre Kundgebung steht Ihnen das Sportgelände direkt am Main zur Verfügung. Da nicht auszuschließen ist, dass bei der Demonstration kommunistische Parolen mitgeführt werden, sind sie verpflichtet, alle Parolen und Flugblatttexte, bevor sie öffentlich zugänglich gemacht werden, meiner Behörde zur Einsicht vorzulegen. Die beantragte Benutzung von Lautsprechern kann nicht genehmigt werden. Sofern Sie auf Ihrer Demonstrationsstrecke die Bundesstraße 469 überqueren müssen, hat sich die Demonstration vorher aufzulösen, und die Transparente sind einzurollen.« (Originalverfügung, Archiv Klaus Vack)

Die Protestkultur der neuen sozialen Bewegungen konnte erheblich zu einer verfassungspolitischen Aufwertung von Straßendemonstrationen beitragen – im Sinne eines Stückes »ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie, das geeignet ist, den politischen Betrieb vor Erstarrung und geschäftiger Routine zu bewahren« (Hesse 1984: 157). Diese Sichtweise findet sich auch im berühmten Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1985 zum Fall Brokdorf (Verbot und Behinderung einer Demonstration gegen den Bau eines Kernkraftwerks im Jahre 1981), in dem die ungehinderte Ausübung dieses Freiheitsrechts nachdrücklich gestärkt wird.

Mit Blick auf die bevorzugten Formen des politischen Handelns hat sich im Nachkriegsdeutschland eine Demokratisierung des demonstrativen Protests abgespielt. Nach der Beteiligung an Wahlen sind heute Demonstrationen die zweithäufigste Standardform politischer Artikulation. Der überwundene Muff der Adenauer-Ära sollte jedoch nicht zum Eindruck einer linearen Fortschrittsgeschichte des Demonstrationsrechts verführen. Von der großflächigen Einzäunung des Tagungsgeländes, der Ausweisung von Sicherheitszonen über Versammlungsverbote bis zum Einsatz von Tornado-Aufklärern haben die Proteste gegen den G8-Gipfel von Heiligendamm Anfang Juni 2007 deutlich gemacht, dass es nicht nur Fortschritte in der Anerkennung des Demonstrationsrechts, sondern auch in den Formen seiner Einschränkung gibt.

Seit den 70er Jahren engagieren sich in diesem Sektor mit einem breiten Spektrum an früher unkonventionellen, heute eher konventionell empfundenen Formen regelmäßig weitaus mehr Menschen als etwa in politischen Parteien und Verbänden, die häufig mit einem politischen Alleinvertretungsanspruch auftreten und die bewegte Konkurrenz abzuwerten trachten. Mehr als die stark institutionalisierten politischen Organisationsformen bieten soziale Bewegungen die Möglichkeit zu politischem *Empowerment*, d. h. zu stärker selbstbestimmten Formen politischen Lernens und Handelns an der Schnittstelle von persönlicher Veränderung und sozialem Wandel.

Soziale Bewegungen sind in dieser Perspektive kein rares Zufallsprodukt, das nicht beeinflussbar wäre. Vielmehr ist Bewegungspolitik selbst zu einer Option kollektiven

© Campus Verlag GmbH

Handelns geworden, die mit entsprechendem Erfahrungswissen, einem bestimmten Strategie- und Handlungsrepertoire sowie spezifischen Organisationspraktiken genutzt werden kann. Dies hat sich – insbesondere in den USA – in einschlägigen Handbüchern, Kursangeboten und Schulungszentren niedergeschlagen. Ein frühes Beispiel bieten Saul Alinskys »Rules for Radicals« (1971); Bill Moyers »Movement Action Plan« (1987) nimmt neuere Erfahrungen auf. Eindrucksvoll ist auch das Kursangebot der »University of the Poor«, die von der Kensington Welfare Rights Union, einer maßgeblichen Initiative von WohlfahrtsempfängerInnen in den USA, ins Leben gerufen wurde (Baptist/Bricker-Jenkins 2001). In Deutschland hat Felix Kolb – inspiriert durch das schnelle Wachstum der globalisierungskritischen Vereinigung »attac« – jüngst eine »movement action success strategy« (2004a) vorgestellt.

Trotz dieser und anderer strategischer Ansätze bleibt das kollektive Handeln in sozialen Bewegungen nur begrenzt planbar. Es kann sich weder auf feste Rollenerwartungen noch auf gesicherte Anhängerschaften verlassen. Auch die Wahrnehmungen und Reaktionen der Medien sind immer wieder überraschend – mal schreiben sie im Sommerloch die Proteste gegen Hartz IV hoch und sorgen so für deren Verbreitung, um dann wenige Wochen später, als der Protest noch in einer Aufschwungphase war, den Abgesang anzustimmen. Einen Augenblick im Herbst 2004 schien es so, als würde sich die rot-grüne Regierung dem Protest beugen und ihre »Agenda 2010« grundlegend revidieren, um sich dann doch für ein Durchhalten zu entscheiden – ein Durchhalten, das mit dazu beitrug, der Regierung wenige Monate später an der Wahlurne ein vorzeitiges, trotzig selbstinszeniertes Ende zu bescheren. Dies ist sicherlich ein eindrucksvolles Beispiel der Grenzen strategischer Interventionen von sozialen Bewegungen, aber offensichtlich nicht nur für die Strategiefähigkeit von sozialen Bewegungen, sondern auch die der anderen beteiligten kollektiven Akteure.

Wirkungen und Perspektiven

Soziale Bewegungen sind nicht selbstgenügsam und erfreuen sich an ihrer eigenen Bewegtheit. Sie wollen etwas bewirken, etwas in ihrer Richtung, in ihrem Interesse verändern. Hätten soziale Bewegungen keine Wirkungen, keine Teilerfolge, keine Resonanz, dann wäre auch ein Handbuch über soziale Bewegung überflüssig. Stattdessen gehen von vielen Bewegungen handfeste Wirkungen aus, die allerdings nur selten einem Akteur zuzuschreiben sind. Gerade Erfolge haben ja in der Regel viele Väter oder auch Mütter. Mit dem Auftritt sozialer Bewegungen meldet sich ein Vetospieler zu Wort, und die Kräftekonstellationen, Spielregeln und Themen ändern sich. Gewiss ist es schwer einzuschätzen, was bereits die bloße Anwesenheit einer sozialen Bewegung auslöst. Ihre Existenzberechtigung oder gar Existenz zu leugnen, gehört zu den probaten Gegenmaßnahmen der Etablierten.

Gemessen an den eigenen Zielen dominiert bei sozialen Bewegungen häufig ein »erfolgreiches Scheitern«. Erfolgreich, weil z. B. das Thema »Gewalt gegen Frauen« öffentlich gemacht und solidarische Schutzeinrichtungen (Frauenhäuser, Notrufe etc.) geschaffen wurden; Scheitern, weil der Rückbau patriarchaler Macht- und Gewaltverhältnisse äußerst schleppend verläuft und die neuen Einrichtungen das Problem eher verwalten als zu deren Lösung beitragen – so wichtig ihre Hilfe für einzelne Personen im konkreten Fall auch sein mag. Ähnliches lässt sich vom Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie sagen. In der Philosophie der »Restlaufzeiten« kündigt

© Campus Verlag GmbH

sich das – aus Bewegungssicht – erfolgreiche Ende einer besonders bedrohlichen Risikotechnologie an. Die lange Zeitperspektive garantierter Atomenergienutzung trägt jedoch den Keim des Scheiterns in sich. Veränderte politische Konstellationen versprechen längerfristig den Ausstieg aus dem Ausstieg, während aktuelle Störfälle etc. unter den Bedingungen des »Atomkonsenses« kaum mobilisierende Wirkungen entfalten können. Dies ist die Botschaft der ausgebliebenen Mobilisierung im Kontext der Störfälle in einigen Vattenfall-Reaktoren im Sommer 2007.

Aber es gibt auch Bewegungen, deren durchschlagende Wirkung unstrittig ist, selbst wenn eine Reihe von Verbündeten, endogene Schwächen der Gegenseite und begünstigende Rahmenbedingungen zu ihrem Erfolg beigetragen haben mögen. Der durch massenhafte Proteste ausgelöste Sturz des DDR-Regimes ist dafür ein beredtes Beispiel, das aber auch die Dialektik manchen Erfolgs illustriert. Die oppositionellen Bürgerrechtler, die die Wendeproteste in Gang setzten, wurden von einer Massenbewegung mit teilweise anderen Zielsetzungen überrollt. Zwar konnte das repressive Regime beseitigt, konnten elementare Bürgerrechte wie freie Wahlen, Meinungs-, Versammlungs- und Reisefreiheit erwirkt werden, doch scheiterte die ursprüngliche, von der Mehrheit der Dissidenten vertretene Zielvorstellung, einen wie auch immer konkretisierten »wirklichen« demokratischen Sozialismus zu etablieren.

Diese wenigen Hinweise sollen verdeutlichen, dass eine Bilanzierung der Effekte bzw. Erfolge sozialer Bewegungen zu den wohl schwierigsten Aufgaben der Bewegungsforschung zählt. Wir werden darauf zurückkommen, wenn es darum geht, im Schlussteil des Bandes die Wirkungen sozialer Bewegungen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zu bilanzieren.

4. Soziale Bewegungen im doppelten Deutschland und der vereinten Bundesrepublik

4.1 Deutsch-deutsche Besonderheiten

In einem Rückblick auf die »alte Bundesrepublik« hat Niklas Luhmann einmal das »Dagegensein«, die Neigung zum Protest, als eines ihrer wesentlichen Kennzeichen hervorgehoben und dabei eine ambivalente Haltung eingenommen. Einerseits spielte er den Protest herunter und sprach von bloßen »Aufregungsschäden«; andererseits sorgte er sich doch um die nötige Zustimmung zum gesellschaftlichen und politischen System (Luhmann 1996). In zeitgeschichtlicher und vergleichender Perspektive sind jedoch differenziertere Aussagen notwendig, um die Bedeutung von Protestbewegungen in der Geschichte der Bundesrepublik näher zu bestimmen.

Die Betonung des Protests als prägendem Moment der westdeutschen Nachkriegsgeschichte findet bei Historikern allenfalls begrenzte Bestätigung. Selbst umfangreiche Überblicksdarstellungen kommen fast ohne die Erwähnung von Protest aus (z. B. Görtemaker 1999); manchmal werden Protest und Bewegungen aber auch deutlicher gewürdigt (Wolfrum 2006), ohne dass daraus allerdings konzeptionelle Konsequenzen gezogen würden. Immerhin gibt es von Historikern zunehmend Versuche, die Rolle einzelner Bewegungen bzw. Kampagnen zu analysieren (z. B. Gilcher-Holtey 2001 zur Studentenbewegung; Engels 2006 zur Umweltbewegung; Ziemann 2002 zur Friedensbewegung; eine Fülle von Autoren, darunter Grebing und Tenfelde, zu Arbeiterbewegungen und Gewerkschaften). Gleichwohl fehlen bislang zusammenschauende Analysen. Diese stünden

© Campus Verlag GmbH